



Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) erhält regelmässig Anfragen von verschiedenen gleichstellungspolitisch interessierten Kreisen betreffend Informationen zu den Geschäften der Bundesbehörden: Parlament, Bundesrat, Bundesverwaltung und Bundesgericht. Um diesem Informationsbedürfnis besser nachkommen zu können, publiziert das EBG vier Mal pro Jahr (im Januar, April, Juli und Oktober) einen Newsletter zu den aktuellen gleichstellungspolitisch relevanten Geschäften. Aus pragmatischen Gründen ist die Zusammenstellung kurz und ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Das EBG wünscht Ihnen eine interessante Lektüre des Newsletters.

Parlament Wintersession 2015

Neu eingereichte parlamentarische Initiativen und Vorstösse

Standesinitiative Neuenburg (15.317) Familienbesteuerung: Anpassung der Gesetzgebung an die neuen Familienformen.

Motion Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR (15.4081) Strategie zur Modernisierung des Familienrechts gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse.

Motion Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR (15.4083) Honorierung von Unternehmen, die eine Familienpolitik unterstützen.

Motion Pardini (15.4161) Die Akkreditierung von Medienschaffenden auch für Teilzeitbeschäftigte ermöglichen.

Postulat Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR (15.4082) Ein "Pacs" nach Schweizer Art.

Postulat Frehner (15.4140) Nacheheliche Unterhaltspflicht.

Interpellation Birrer-Heimo (15.4170) Verhütungspillen. Risiken vermeiden und zielgruppengerecht informieren.

Interpellation Vogt (15.4108) Aktienrechtsrevision. Geschlechterquoten in den Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen grosser börsenkotierter Unternehmen.

Fragestunde. Frage Kiener Nellen (15.5622) Fachkräfte-Initiative des WBF und Individualbesteuerung.

Behandelte parlamentarische Initiativen und Vorstösse

Parlamentarische Initiative Amherd (07.402) Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz. Ständerat: Nichteintreten.

Parlamentarische Initiative Fehr (13.454) Schutz vor Gewalt aus dem nahen sozialen Umfeld. Der Nationalrat gibt der Initiative keine Folge. Erledigt.

Parlamentarische Initiative Feri (15.416) Überprüfung der Familienverträglichkeit von Erlassentwürfen. Der Nationalrat gibt der Initiative keine Folge. Erledigt.

Standesinitiative St. Gallen (09.318) Anpassung des Strafrechts. Der Ständerat gibt der Initiative keine Folge.

Standesinitiative Solothurn (14.306) Verlängerung der Anstossfinanzierung von familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen durch den Bund. Der Nationalrat gibt der Initiative keine Folge. Erledigt.

Motion Amherd (12.3122) Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Internetseiten. Ablehnung durch Ständerat. Erledigt.

Motion Leutenegger Oberholzer (15.3930) Bundesrat. Cherchez la femme oder endlich verfassungskonform handeln! Nationalrat: Bekämpft. Diskussion verschoben.

Postulat Kommission für Rechtsfragen NR (15.3501) Leihmutterchaft. Für eine nationale Sensibilisierungskampagne. Ablehnung durch Nationalrat. Erledigt.



Interpellation Bulliard-Marbach (15.3922) Schweizerische Interessengemeinschaft Selbstverteidigung für Frauen und Mädchen. Unterstützung durch den Bund? Nationalrat: die Diskussion wird verschoben.

Anfrage Maury Pasquier (15.1067) Wann wird der Bericht in Erfüllung des Postulates 10.3523 endlich vorgelegt? Erledigt.

Petition Jugendsession 2013 (13.2062) Gleichberechtigung von Homosexuellen. Der Ständerat gibt der Petition keine Folge. Erledigt.

Bundesrat

[18.12.2015](#) Einbürgerungserleichterungen für ausländische Personen in eingetragener Partnerschaft.

[18.12.2015](#) Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung: Bundesrat beschliesst Massnahmen zur Umsetzung durch die Schweiz.

[04.12.2015](#) Bundesrat fällt Grundsatzentscheide für ein neues Aktienrecht.

[25.11.2015](#) Bundesrat bestellt ausserparlamentarische Gremien für die Amtsperiode 2016 – 2019.

[18.11.2015](#) Bundesrat verabschiedet Personalstrategie Bundesverwaltung für die neue Legislatur.

[18.11.2015](#) Der Bund unterstützt Massnahmen zum Schutz von Prostituierten.

[18.11.2015](#) Lohngleichheit: Statistische Messmodelle des Bundes laut Expertenstudie geeignet.

[18.11.2015](#) Lohngleichheit: Unternehmen sollen regelmässig Lohnanalysen durchführen.

[17.11.2015](#) Bundesrat lanciert Abstimmungskampf zur Volksinitiative gegen die «Heiratsstrafe».

[28.10.2015](#) Bundesrat beschliesst weitere Massnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelungen.

[07.10.2015](#) Schutz vor häuslicher Gewalt soll ausgebaut werden.

Bundesverwaltung

[30.11.2015](#) Bundesamt für Statistik BFS - Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2014 – 2014 betrug der Medianlohn 6189 Franken.

[24.11.2015](#) 40 Jahre Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF: Viel erreicht – neu herausgefordert.

[18.11.2015](#) Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG - Häusliche Gewalt im Kindes- und Erwachsenenschutz: Nationale Konferenz in Bern.

[13.11.2015](#) Forderungen von Familien an das Parlament.

[15.10.2015](#) Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG - Gleichberechtigter Zugang zu Justiz für Frauen: Internationale Konferenz in Bern.

Rechtsprechung

[Urteil des Bundesgerichts vom 11. Dezember 2015 \(2C_121/2015\)](#): Tragen eines Kopftuchs in der Schule: Gemäss Bundesgericht ist das von der Schulgemeinde St. Margrethen (Sankt-Gallen) gegenüber einem muslimischen Mädchen ausgesprochene Verbot, das islamische Kopftuch (Hijab) in der Schule zu tragen, nicht mit dem Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit vereinbar. Es ergeben sich keine Hinweise, dass die betroffene Schülerin in der Schule für ihren Glauben werben oder den Unterricht beeinträchtigen würde. Eine Beschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit durch ein Kopftuchverbot ist unter diesen Umständen nicht zu rechtfertigen.

[Urteil des Bundesgerichts vom 1. Dezember 2015 \(8C_366/2014\)](#): Qualifizierung des Berufs der Primarlehrperson: Gemäss Bundesgericht kann heute der Beruf der Primarlehrperson aufgrund des hohen Frauenanteils nicht mehr als geschlechtsneutral gelten, sondern muss als frauenspezifisch bewertet werden. Das Bundesgericht weist die Sache zu neuem Entscheid zurück an die Vorinstanz, im vorliegenden Fall das Aargauer Verwaltungsgericht. Dieses muss prüfen, ob die Lohnreihung der Primarlehrkräfte im Kanton geschlechterdiskriminierend ist.



Veranstaltungen

11. Februar 2016: **Nationales Kolloquium „Die Gleichstellung von Frau und Mann in der Arbeitswelt, 1996-2016: 20 Jahre Gleichstellungsgesetz“**: Das nationale Kolloquium wird gemeinsam vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG), der Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie (CNCI) und dem Centre d'étude des relations de travail (CERT) organisiert und soll Antworten zu den wichtigsten juristischen Fragen bei der Anwendung des Gleichstellungsgesetzes, insbesondere im Bereich der Lohndiskriminierung, geben. Weitere Informationen (detailliertes Programm, Anmeldungsmodalitäten) finden sich auf unserer Webseite unter: <http://www.ebg.admin.ch/aktuell/00004/index.html?lang=de>. Einschreibefrist ist der 25. Januar 2016.